

Nebröer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrö

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,- RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebrö: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Nebrö Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 632

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 60 mm breite Millimeterzeile im Reflektiert 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebrö — Sanktverein Artern.

№ 34

Donnerstag, den 17. März 1932.

45. Jahrgang

Ein Vorschlag Hugenberg's.

Berlin, 15. März.
In einem Artikel zu dem Ergebnis der Reichspräsidentenwahl schreibt Dr. Hugenberg: „Die Angst vor Erschütterungen, die etwa mit einem Reichspräsidentenwechsel verbunden sein könnten, hat ein paar Millionen Wähler, die im Lager der Nationalen Opposition gegen das herrschende System stehen, dazu bewogen, für die Wahl des Feldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten zu stimmen. In der zweiten Wahl entscheidet die einfache Mehrheit.“

Nach Lage der Dinge ist damit zu rechnen, daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg im zweiten Wahlgang gewählt wird.

Unter diesen Umständen führt eine Betrachtung, die sich über die Kampfesbereitschaft der Parteien erhebt, zu dem Gedanken, daß unter öffentlichen Leben von den vielen Parteien, die uns können, befreit würde, wenn man folgenden Vorschlag vornimmt:

Auf der schon vorgesehene Wahlen zum Preussischen, Bayerischen und Württembergischen Landtag soll am 8. Mai die Neuwahl des aufzulösenden Reichstags stattfinden. Unter dieser Voraussetzung könnte durch verfassungsändernde Reichsgesetz anordnet werden, daß die Wahlen am 13. März die Wirkung eines zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl haben soll, daß also die Wiederwahl Hindenburgs erfolgt ist.

Die gesamte nationale Opposition könnte einen solchen Vorschlag zustimmen, denn eine zweite Wahl würde nur die Bedeutung einer Gegenprobe haben, die auf dem oben vorgeschlagenen Wege einfacher, billiger und durchgreifender erreicht werden würde.

Ein deutschnationaler Aufruf.

Die deutschnationale Volkspartei erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: „Die Auswegung der Autorität, die der Name des Feldmarschalls von Hindenburg in Deutschland genießt, die fruchtlose Einbringung der gesamten Machtmittel des Staates einschließlich der Gelder der Steuerzahler für die Parteinteressen des Systems und die Angst vor Erschütterungen, die Millionen von Wählern im Lager der Nationalen Opposition zur Stimmgabe für den Feldmarschall bestimmt hat, künden sich einmal ein Erfolg des schwarz-roten Systems vor. Der starke Stimmenrückgang der Systemparteien und das gleichzeitige Ergebnis der Wahlen in Medienburg-Streit hat gezeigt, daß es tatsächlich nur ein Scheinerfolg ist. Dort haben die Deutschnationalen bei den Landtagswahlen doppelt so viele Stimmen erhalten wie bei der Reichspräsidentenwahl. Wie wir stets betont haben, sind bei der Reichspräsidentenwahl, einer reinen Personenwahl, die politischen Fronten andere als bei den Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen. Die Wahlen in Preußen und die Wahlen im Reich, die wir auf Grund der Wahlergebnisse als Ausdruck des Volkswillens fordern, werden das Annahmestück des nationalen Gebotens erneut zeigen und den Zusammenbruch der schwarz-roten Koalition befehlen. Unter diesen Umständen wird der zweite Wahlgang hervorragen unter dem Gesichtspunkt der Preußenwahlen zu führen sein. Unter nächstes großes Kampffeld heißt Preußen.“

Berichtigung zum vorläufigen Ergebnis.

Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis der Reichspräsidentenwahl am 13. März lautet auf Grund der Berichtigungen jetzt folgendermaßen:

Abgegeben sind insgesamt 37 657 199 gültige Stimmen, davon haben erhalten:

Duesberg	2 558 813
Hindenburg	18 654 244
Hiltler	11 341 119
Thälmann	4 982 870
Winter	111 462
Schiffstetter	8 661

Nummer liegt aus das berichtigte Gesamtergebnis aus dem Wahlkreis 35, Medienburg, vor. Abgegeben sind 541 541 gültige Stimmen, davon erhalten: Duesberg 60 979, Hindenburg 254 089, Hiltler 186 615, Thälmann 46 658, Winter 2200, zerpfliert —.

Wahlberechtigung etwa 87 v. H.

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis beträgt die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen 37 660 394. Dies Ergebnis bedeutet eine Wahlberechtigung von ungefähr 87 v. H. Hieron erhielt Duesberg 6,8 v. H., Hindenburg 49,6 v. H., Hiltler 30 v. H., Thälmann 13,3 v. H., Winter 0,3 v. H.

Hindenburg kandidiert im zweiten Wahlgang.

Reichspräsident von Hindenburg hat am Montag bis um 23 Uhr die Ergebnisse im Rundfunk gehört und sich dann zur Ruhe begeben. Das Ergebnis der Wahlen wurde ihm am Montagmorgen gegen 7 Uhr mitgeteilt. Er gab seiner tiefen Befriedigung über das Wahlergebnis Ausdruck. Dem Hindenburg-Ausschuß erklärte er, daß er auch im zweiten Wahlgang kandidieren werde.

Hiltler's zweite Kandidatur.

Hiltler tritt in einer Kundgebung: „Gegen das vereinte Auftreten aller anderen Parteien, trotz schwerster bedrückender Unterdrückungen und Bekind-

rungen unserer Propaganda, die die NSDAP ihre Wählererschaft in knapp einhalb Jahren fast verdoppelt. Wir sind heute zur unbefristeten weitaus stärksten Partei Deutschlands emporgeritten. Die gegen uns vereint aufmarschierenden Parteien sind von 2,4 auf 15,6 Millionen gestiegen, wir sind dagegen von 0,4 auf 3,8 Millionen gestiegen. Deutschnationale und Stahlhelm haben ihren alten Bestand gehalten. Was uns in diesem Wahlkampf noch nicht restlos gelungen ist, muß im kommenden vollendet werden. Ich fordere euch auf, augenblicklich den Kampf für die zweite Wahl zu eröffnen. Am Tag darf vorgehen. Wenn die Wähler der gesamten nationalen Front sich auf das Gebot der Stunde befehlen, muß es uns noch möglich werden, die wenigen Millionen feindlicher Volksgenossen aus der widerwärtigen Front unserer Gegner herauszubringen und uns zuzuführen. Die letzten nationalen Kräfte eingerechnet, umfassen wir rund 13,8 Millionen. Es muß uns möglich sein, die fehlenden 2,5 Millionen aus der gegenwärtigen Front herauszureißen und dorthin zu führen, wo sie hingehören. Der erste Wahlkampf ist beendet, der zweite hat mit dem heutigen Tag begonnen. Ich werde auch ihn mit meiner Partei führen.“

NSDAP-Konferenz in München.

Jiltler's Kandidatur für den zweiten Wahlgang. — Richtlinien für den preussischen Wahlkampf.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt mit: „Am Montagvormittag fand in München eine Besprechung der Amtsleiter der Reichsleitung der NSDAP, unter dem Vorsitz Adolf Hiltler's statt. Der Führer der NSDAP erklärte, daß er seine Kandidatur für den zweiten Wahlgang zur Präsidentenwahl aufrecht erhalten werde. Anschließend wurden sofort die Richtlinien für den zweiten Wahlgang und die bevorstehenden Kundgebungen, vor allem der zum Preussischen Landtag, festgelegt. Am Sonnabend findet in München eine Tagung der Gauleiter der NSDAP, statt, auf der die Anweisungen für die technische Durchführung der neuen Propagandakampagnen ausgegeben werden.“

Preußen wählt am 24. April.

Berlin, 16. März.
Der Ständige Ausschuss des Preussischen Landtags stellt am Montag im Einvernehmen mit dem Staatsministerium den Termin der Propaganda für den Preussischen Landtag auf Sonntag, den 24. April, fest.

Bei den Beratungen des Ständigen Ausschusses erklärte Minister Severing, daß der frühe Wahltermin den Parteien entgegenkomme, die vor einem Jahre die Auflösung des Landtags betrug hätten. Alle Gerichte, die Regierung wolle Neuwahlen verhindern seien unmaß.

Das Staatsministerium meinte, es sei nicht zweckmäßig die Preußenwahlen mit der Reichspräsidentenwahl zusammenzulegen. Die Regierung sei aber auch bereit, am Wunsch des Landtags sich mit dem 24. April als Wahltag einzulassen.

Eine weitere Stimmungsänderung ist jedoch im Interesse der Wirksamkeit und wegen der übermäßigen Anzahl der Wähler nicht möglich, wenn ein ordnungsmäßiger Verlauf der Wahlvorbereitungen gewährleistet werden sollte.

Die Deutschnationalen traten für den 10. April als Wahltermin ein, wenn man nicht dem Vorschlage des deutschnationalen Parteiführers folgen wolle, am 8. Mai die Wahl zum Preussischen Landtag gleichzeitig mit den Neuwahlen zum Reichstag vorzunehmen.

Der Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärte, daß man es seiner Partei nicht zumuten könne, die zum 10. April an der Seite der letzten Regierungsparteien für Hindenburg zu kämpfen und dann nur noch acht bis vierzehn Tage für die Vorbereitungen zur Preußenwahl zur Verfügung zu haben. Er halte den 8. Mai für zweckmäßiger.

Nachdem noch der Vertreter des Landvolks sich gleichfalls für den 8. Mai eingesetzt hatte, beantragten die Regierungsparteien, den Wahltermin auf den 24. April festzusetzen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Wahlquotient für die preussischen Wahlen 50 000.

Entsprechend dem Beschlusse des preussischen Staatsministeriums wird für die preussischen Wahlen der Wahlquotient auf 50 000 festgelegt werden. Es ist eine Verordnung der preussischen Regierung zu erwarten, die die preussische Sparverordnung abändert, wonach bekanntlich auf 60 000 Stimmen (früher 40 000) ein Abgeordneter für den Preussischen Landtag entsandt.

Der Export sinkt.

Berlin, 16. März.
Die deutsche Handelsbilanz schließt im Februar mit einem Ausfuhrüberschuß von 86 Mill. RM gegenüber einem schließlichen Ausfuhrüberschuß von 13 Mill. RM im Januar. Einrückung der Republikausfuhrleistungen, die 11,6 gegen 11,6 Mill. RM betragen, heißt sich der Ausfuhrüberschuß auf 97 Mill. RM gegenüber 106,6 Mill. RM im Vormonat.

Die Einfuhr hat mit 441 Mill. RM gegenüber der tatsächlichen Einfuhr des Januar, die nach Ausgleich der Lagerveränderungen 425 Mill. RM betrug, um 16 Mill. RM zugenommen. An dieser Zunahme sind überwiegend die

Rohstoffe beteiligt. Die Lebensmittelverleiht ist ebenso wie die Fertigerwareneinfuhr mit dem Vormonat etwa gleich. Die Ausfuhr ist mit 527 Mill. RM um 3 Mill. RM geringer ausgewiesen als im Vormonat.

Einschließlich der Reparationsanlieferungen beträgt sie 538 gegenüber 542 Mill. RM. Der geringe Rückgang beruht ausschließlich auf dem weiteren Anfallen der Durchmittelswerte um 1,4 v. H. Mengengemäß hat der Absatz nach dem Ausland eine geringe Zunahme erfahren. Wertmäßig ist besonders die Lebensmittelverleiht zurückgegangen, in geringerem Maße die Rohstoffausfuhr, während die Fertigerwareneinfuhr eine kleine Erhöhung von 417 auf 423 Mill. RM erfuhr.

Preussischer Landtag.

Berlin, 16. März.
Der Preussische Landtag trat am Dienstag zu seiner zweiten Wärgung zusammen, die, wenn nicht noch im April eine kurze Tagung stattfindet, die letzte dieser Wärgung ist.

Anf der Tagesordnung steht die erste Beratung des preussischen Staatshaushalts für 1932.

Finanzminister Klepper

weist darauf hin, daß die preussischen Haushalte bis zum Jahre 1930 ausgeglichen waren. Das Jahr 1930 brachte einen Selbstberg von rund 204 Millionen; das Jahr 1931 dürfte mit einem solchen von insgesamt 245 Millionen ausfallen.

Der Haushaltsplan für 1932 ist somit mit rund 449 Millionen RM vorbestimmt.

Nach den Schätzungen des Reichsfinanzministers werde der reine Staatsanteil an den Lieberversteuern um rund 258 Millionen RM geringer sein als im Vorjahr. Bei den Ertragssteuern der Betriebsverwaltungen sei ein Rückgang um 21,9 Millionen RM zu erwarten. Das Einkommen-Steuersteuern, das 1930 noch 547,4 Millionen RM betrug, sei für 1932 auf 700 Millionen RM veranschlagt worden. Nach Abzug von 160 Millionen als Mittelbeihilfe für die Fürsorgeverbände blieben 540 Millionen RM übrig, von denen 25 Millionen für die Bauhilfsbeiträge und weitere 25 Millionen für den Staatsfinanzausgleich vorzulegen seien. Der Rest von 490 Millionen entfiel mit 231 Millionen auf die Gemeinden und mit 259 Millionen auf den Staat. Die Grundvermögenssteuer einen solchen von 8 Millionen aufweisen.

Die gesamte Einnahmevermehrung betrage 376,4 Millionen RM.

Man habe davon absehen müssen die Selbstberträge der Vorjahre in den Haushalten für 1932 aufzunehmen. Der Haushaltsausgleich sei im wesentlichen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite zu erreichen. Die Gesamtsumme der Einnahmen betraue sich auf 589 Millionen RM. Die Ausgaben des Staatshaushalts lägen mit 5,3 Milliarden RM etwa drei Viertel Milliarden unter denen des Vorjahres.

Der Minister erklärte die Frage, ob der Haushaltsausgleich ein echter sei. Diese Frage sei zu bejahen.

Die Lieberverlegung der preussischen Siedlungsbeiträgen an das Reich für den Preis von 100 Millionen RM ist nach Ansicht des Ministers für beide Teile vorteilhaft. Man dürfe wohl sagen, daß Preußen in der Förderung der ländlichen Siedlungsbeiträge, deren Bedeutung er durchaus anerkenne, in finanzieller Hinsicht zu weit gegangen sei. Die Staatsbank sei mit annähernd 70 Millionen RM für Siedlungsbeiträge in Anspruch genommen, deren Abdeckung zur Zeit unmöglich wäre. Zu verneinen sei die Frage, ob die Haushaltsaufstellung an sich eine betriebliegende Finanzwirtschaftliche Entloftung aufzeige. Der Ernst der Situation werde am deutlichsten, wenn man die Staatsfinanzen im Zusammenhang mit den Finanzen der Gemeinden betrachte. Den Gemeinden sei das letzte Reststück des Arbeitsmarktes aufgebürdet, ohne daß sie dem die Einnahmen anpassen könnten.

Es bestche die Gefahr, daß von den Gemeinden eine allgemeine Erschütterung ausgehe.

Die im Staatshaushalt enthaltenen Einschränkungen erreichen die Grenze der gegenwärtigen preussischen Einparungsmöglichkeiten. Nach nicht erfolgt sei die Umstellung des Verwaltungsapparates auf die verminderte finanzielle Leistungsfähigkeit.

Sinnfälligkeit der Verwaltungsreform wünscht der Minister, daß dem Lieberverlegen der Reichsverwaltung entgegengekommen werde, wenn dadurch unumgängliche Sparmaßnahmen und doppelte Zuständigkeiten entfallen. Unabhängig von der Reichsreform sei die preussische Verwaltungsreform eine unter dem Druck der finanziellen Entwicklung unaufschiebbare Aufgabe. Eine Finanzreform sei gleichzeitig erforderlich. Eine grundsätzliche Grenzsetzung zwischen der öffentlichen Finanzpolitik und der allgemeinen Wirtschaftspolitik sei notwendig. Die Auffassung, als könne man Finanzpolitik den Bespiel von Konjunktur und Krise belieben, verleierte die wirtschaftsgesellschaftliche Entloftung. Es sei noch eine Wirtschaftspolitik durch traurige Zwangspolitik verhin-dert worden.

Dagegen zeige die Wirtschaftsgeschichte viele Beispiele dafür, daß eine in feindlicher Zeit nachgiebig geführte Finanzpolitik zur Zerstörung der Währung und damit der Wirtschaft geführt habe.

Heber die angeänderte Umfassungssatzung hinaus müsse den Gemeinden das Mißtrauen der Erwerbslosenfürsorge abgenommen werden.

Die letzte Entscheidung über Erfolg und Mißerfolg der Finanzpolitik werde von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt. Er glaube nicht an den Erfolg einer Wirtschaftsaustarierung; in Deutschland werde keine isolierte Konjunktur eintreten. Die Staatsfinanzpolitik habe durch den Ausgleich des Haushalts eine Befähigung von Bänderung und Wirtschaft zu vermitteln, die es unmöglich machen würde, die Kritik bis zur Wirtschaftskrise zu überleben.

Als der Finanzminister seine Rede beendet hat, rufen die Kommunisten: „Das war Gutes Leidener!“

Am 15. Uhr verlag sich das Gaus auf Mittwoch 12 Uhr: Allgemeine politische Aussprache zur ersten Haushaltsberatung.

Gegenmaßnahmen gegen den deutschen Overtarif

Trotz der zuspähen der deutschen Regierung und dem Warshawer Außenministerium schwebenden Wirtschaftsverhandlungen scheint Polen die Anfräschung der Verordnung über die Maximalhöhe aus dem Jahre 1928 vorzubereiten. Die Anfräschung dieser Maximalhöhe ist als Gegenmaßnahme gegen den deutschen Overtarif gedacht, falls dieser gegen polnische Waren Anwendung finden sollte. Ohne das Ergebnis der Warshawer Verhandlungen abzuwarten, hat die polnische Regierung im letzten Staatsgeplott eine Verordnung veröffentlicht, nach der die Verordnung vom Jahre 1928 über die Maximalhöhe noch ergänzt wird.

Deutsch-englische Handelsbeziehungen

Berlin, 16. März.

Der englische Finanzachseverfänger Sir John hat nach mehrtägigen Anwesenheiten Berlin wieder verlassen. Die Verhandlungen, die seit März mit den Vertretern zuspähen Stellen geführt hat, beendeten sich hauptsächlich um die Einschränkung der Rohstoffeinfuhr nach Deutschland. Naturgemäß ist in diesem Zusammenhang auch die Frage der deutsch-englischen Handelsbeziehungen überhaupt erörtert worden. An der deutschen Aufstellung hinsichtlich der Maßnahmen zugunsten der deutschen Exportindustrie und des deutschen Bergbaus hat sich nichts geändert.

Es ist anzunehmen, daß die deutsch-englischen Beziehungen über die grundsätzliche Seite der Angelegenheit auf diplomatischem Wege fortgesetzt werden. Nach Lage der Dinge wird sich eine deutsch-englische Konferenz zur Bereinigung aller dieser Fragen nicht wohl vermeiden lassen, wenn man nicht Gefahr laufen will, daß die Anstrenglichkeiten, die sich in letzter Zeit ergeben haben, eine Weiterung erfahren.

Neuer Abrüstungsaußschuß.

Genf, 16. März.

Der Politische Ausschuß der Abrüstungskonferenz verhandelt über den polnischen Antrag auf moralische Abrüstung und beschloß die Einsetzung eines Ausschusses, dem 21 Vertreter der zentralen Regierungen, Australiens, Japans, der Vereinigten Staaten und Chinas anzugehören, und der „praktische Anträge für die Durchführung einer moralischen Abrüstung“ ausarbeiten soll. Der deutsche Delegationsführer, Reichsminister Woblers, hat sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Deutsche Tageschau.

Burgfriede zu Oftern.

Es bestätigt sich, daß die Reichsregierung für die Oftern einen politischen Burgfrieden, wie er schon zu Weihnachten eingeführt worden war, plant. Wie verlautet, soll der Burgfrieden jedoch nicht auf die Karwoche beschränkt bleiben, sondern noch einige Tage über Oftern hinaus ausgedehnt werden.

Württembergische und anhaltische Landtagswahlen am 24. April?

Der Welterteil des württembergischen Landtages trat zur Beratung des Wahltermins für die Landtagswahlen in Württemberg zusammen. Staatspräsident Dr. Bogt schloß vor, die Wahlen am 24. April stattfinden zu lassen. Voraussetzung wird sich an diesem Termin nichts ändern. — Obwohl bis zur Stunde ein endgültiger Beschluß zu der Frage des Zeitpunktes der anhaltischen Landtagswahlen noch nicht vorliegt, verlautet aus Kreisen des Ministeriums, daß mit größter Wahrscheinlichkeit die anhaltischen Wahlen am Tage der Preußenwahlen, also am 24. April, durchgeführt werden sollen.

Overtarif gegen Polen und Kanada.

Die angeänderte Verordnung über die Anwendung des Overtarifs auf Boden- und Oberbergbauzweige kanadischen und polnischen Ursprungs tritt am 1. April 1932 in Kraft. Die Bestimmungen des am 15. Mai 1922 in Genf unterzeichneten deutsch-polnischen Abkommens über Oberbersteuern und des am 20. Dezember 1924 in Danzig unterzeichneten Abkommens zwischen Deutschland und Polen über Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr bleiben von der neuen Verordnung unberührt. Mit Wirkung vom 1. April 1932 tritt die Verordnung über Zolländerungen für Boden- und Oberbergbauzweige polnischen Ursprungs vom 2. Juli/31. August 1925 außer Wirksamkeit.

Auslands-Rundschau.

Kein Generalstreik in Polen.

Der für den 16. März angeänderte Generalstreik in Polen dürfte infolge Uneinigkeit unter den Gewerkschaften zum größten Teile abgeblieben werden. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Arbeiter und Bergbauangehörigen, die den isolierten und kommunikativen Gewerkschaften angehören, in den Streit treten werden. Die Gemeinde- und Staatsbeamten werden sich der Streikbewegung nicht anschließen.

Der Anschlag auf Zworowski.

Die Komplotzregierung wird in der nächsten Zeit durch den sowjetrussischen Gesandten in Warschau der polnischen Regierung eine Erklärung zu dem Anschlag auf den deutschen Botschaftsrat von Zworowski übermitteln. Darin wird darauf hingewiesen werden, daß die Minister Stier und Wollstein im Auftrag von polnischen Bürgern gehandelt haben. Die Komplotzregierung wird die Namen der polnischen Bürger, die nach den Aussagen Stiers indirekt beteiligt waren, zur Kenntnis der polnischen Regierung bringen.

Moskau entkäuft.

Die Moskauer politischen Kreise sind über den Ausgang der Wahlen in Deutschland entkäuft. Die KPD habe es trotz der großen Arbeitslosigkeit nicht verstanden, die Massen zu führen, und

an Einfluß in der Arbeiterklasse nicht eingebüßt. Die Nationalisten hätten es verstanden, den politischen Einfluß der KPD zu verringern.

Keine politische Redungen.

99,9 Prozent Wahlbeteiligung. In zwei Stimmbezirken der Stadt Königsberg wurde eine Wahlbeteiligung bei der Reichspräsidentenwahl von 99,9 Prozent festgestellt.

Goethe-Gedenkmünzen. Die Reichsregierung wird zur Erinnerung an den hundertsten Geburtstag Goethes Reichspräsidentenmünzen im Nennbetrage von 5 und 5 Reichsmark mit dem Bildnis Goethes ausprägen lassen.

Polens Vertreter in Danzig. Polens neuer diplomatischer Vertreter in Danzig, Dr. Sappe, der bisher polnischer Generalkonsul in Königsberg war, wird seinen Zoniger Posten voraussichtlich am 20. März antreten.

Republikgesetz in Finnland. Im finnischen Reichstag wurde das Gesetz zum Schutze der Republik angenommen. Bestimmungen der Vorpuppekung und zweier anderer rechtsgerechter Verordnungen werden damit verboten werden.

Aus der Umgegend.

Neuba, 16. März.

Richtiger Familienabend. Die ardegen Verbannten gegen die Verbanntung eines Familienabends am Wahlsonntag haben sich erfreulicherweise als irrig erwiesen, denn der Saal des Schützenhauses war recht gut besetzt. Es dürften wohl mehr als 300 Personen anwesend gewesen sein, und niemand wird es bereut haben, sich einiger Stunden der Erbauung nach Abschluß der aufregenden Wahlpropaganda der vorhergehenden Tage hinzugeben zu haben. Der angeänderte Vortrag des Herrn Polster I. R. Körner über „Goethes Religion“ stellte die Zuhörer in hohem Maße. Der Vortragende führte aus, daß der große Dichter Goethe, dessen 100jährigen Geburtstag die gesamte Kulturwelt, insbesondere aber das deutsche Volk, am 22. März begeht, ein erster Gottesbekenner war, seine Schriften zeigen, daß er ohne Gott nicht auskam, ebenso daß er ein Verehrer der Bibel ist, jedoch beweisen verschiedene Stellen in Goethes Werken, daß der große Philosoph eine Gottesvorstellung sich zu eigen macht, die von der christlichen abweicht. Ihm fehlt das tiefe Verständnis für den Ernst der Sünde und deshalb auch für die Rettung des Sünders allein durch den Glauben an die Gnade. Man gehe wohl nicht fehl, wenn man als Ursache dieser Religionserfahrung das in seinem Innern vorhandene Unbefriedigtsein erblickt. Der Redner sagte all das in seinem Vortrag Ausführlich zusammen in die Tische. Goethe, ein auf vielen Gebieten gottbegnadeter Mensch, im Kunste Religion kann er uns aber nicht richtiggebend sein. Als der Redner länger als eine Stunde die Zuhörer in seinem Bann gehalten, kam als Fortsetzung des Programms das Deklamatorium „Zur Heimat“, von Kindern, Konfirmanden, jungen Mädchen und einem Jüngling vorgetragen. Dazwischen belebten von Herrn Kantor Spallmann dirigierte Chorlieder, die Wunde und ein Solo die Handlung. — Hiermit fand der Abend einen recht schönen Ausklang und berechtigt zu der Feststellung, daß alle, die gekommen waren in der Erwartung, eine Stärkung der Seele und des Gemüts zu finden, voll auf ihre Rechnung gekommen sind.

Deffentliche Stadtorbernetzung. Zur Neuwahl der Fürsorge- und der Baukommission waren Vorkandidaten vom Bürgerklub, der S.P.D. und der R.P.D. eingeleitet. Zu beiden Wahlen wurden für Bürgerklub 7 Stimmen, für S.P.D. 4 Stimmen und für R.P.D. 3 Stimmen abgegeben. In die Fürsorgekommission wurden gewählt: Rentmeister Man, Bädermeister Martin, Schlossermeister Wollmann, Zuhilfenachmeister Günther, Kriegswald Küttich, Landarbeiter Weber, Arbeiter Helmendorf und Arbeiter D. Häbde. Zur Baukommission gehören Glasermeister Webel, Schlossermeister Grob, Bädermeister Martin, Maurer Otto Stahr, August Kaulweil und Emil Zeitmann. In der am 23. Februar vorgenommenen Rollenrevision wurden die Rollen in Ordnung gefunden. Nur dem durch den Vorliegenden verordneten Schulärztlichen Bericht 1931 war zu ersehen, daß die Ernährungs- und der Gesundheitszustand unserer Schulkinder erfreulicherweise ein guter ist.

Der Weg ins Leben. Die letzten Klassen der Volksschulen entlassen bald wieder die Scharen der jungen Leute in die einzelnen Berufe. Wie alljährlich, so macht sich auch jetzt der reife Teil des jungen Volkes daran, den großen Marsch ins Leben hinein vorzubereiten und anzutreten. Und wieder halten sie mit dem Schreien und Ergrößen Ausschau nach Wegweilern, wieder wird die entscheidende, schicksalvolle Frage erzwungen: Was sollen wir werden, welchen Beruf sollen wir ergreifen? — So bleibt nicht aus, daß man den jungen Leuten mit Sorge zuseht. Denn in der Zeit größter Arbeitslosigkeit und sich stets verminderer Stellenszahl, und angelegentlich ungenügender Zukunft ist der Weg ins Leben schwer, jedenfalls viel schwerer, als irgend wann zu früheren Zeiten. — Aber deshalb braucht die Jugend den Kopf nicht hängen zu lassen. Noch immer gilt das Wort, daß man zuerst einmal etwas lernen muß, damit man etwas kann. Es ist auch heute noch so, daß die Weiler nicht vom Himmel fallen und daß man sich Stufe um Stufe auf der Lebensleiter mühsam eringen und verdienen muß. Der beste Rat, den man geben kann, ist der einzige, welchen Beruf auch der junge Mensch ergreifen möge, er möge ihn so erlernen, daß er in ihm mit seinem ganzen Mann stellen und daß er in ihm Leistungen hervorbringen kann. Geh mit der beruflichen Fort- und Ausbildung der Jugend dann auch eine festliche und charakteristische Bildung Hand zu Hand, stehen die Jungen von heute, bereit zu Mannern gemacht, als volltätige Persönlichkeiten in der Welt, dann braucht man um sie keine Sorge zu haben; sie werden ihren Weg gehen — der Zeit und den widrigen Zeitumständen gerade zum Trost.

Wohlmirtheit. In der Nacht zum 15. März wurde in das Grundstüd des Herrn Kaufmanns Schreier eingeschlagen. U.a. wurden Rauchwaren von zwei Spartenfänger gefohlen, die jedoch sofort gepeirt wurden.

Sterlesen (Mansf. Gebr.). Als hier ein junger Schornsteinfeger mit dem Reinigen eines Kamins beschäftigt war, wurde er von einer Zigarette aufgefordert, mit nach ihrem Reizen zu kommen, um dort den Feuerabzug zu reparieren. In dem Wohnzimmer befand sich eine Frau, die dabei von dem jungen Mann Geld verlangte. Sie behauptete ihm, wenn er um Hilfe rufen oder sein Geld nicht herausgeben würde, eine im Baum liegende Dogge auf ihn zu hetzen. Darauf gab der Schornsteinfeger sein Geld hin, wurde aber trotzdem nicht freigelassen. Zufällig betrat in diesem Augenblick der Landjäger den Wagen, um eine Kontrolle vorzunehmen, der den Gefangenen befreite und die beiden Frauen heimnahm. Sie werden sich nunmehr wegen Erpressung und Freiheitsberaubung zu verantwoorden haben.

Halle. Das hällische Schwurgericht verhandelte am Montag gegen den Schulmeister Richard Richter aus Delbich, der seinerzeit seine Ehefrau erdroffelte und seine Stiefkinder zu erdroffeln verurteilt. Richter ist schon wegen Sittlichkeitsverbrechen verurteilt. Das Urteil lautete auf 15 Jahre Zuchthaus wegen Sittlichkeitsverbrechen in Verbindung mit Körperverletzung sowie Schändung einer Fleischezehelente. Bei der Staatsanwaltschaft beantragte wegen Mordes die Todesstrafe.

Halle. In den Morgenstunden des Dienstag kam es in der Großen Steinstraße zwischen mehreren Polizeibeamten in Zivil und Passanten zu Streitigkeiten, bei denen ein in Bedrängnis geratener Beamter drei Schüsse abgab. Eine Kugel traf einen der Beteiligten in den Oberarm, während bei dem anderen nur ein Wundstichverletzung wegen der Boränge hind eingeleitet. Es soll sich nicht um politische Zwischenfälle handeln.

Deberfeld (Mansf. Gebr.). Die Einführung einer 34jährigen Witwe, die bei ihrer verstorbenen Tochter in Deberfeld wohnte, befristigte jetzt das Schmelgerrecht. Wie bereits gemeldet, handelte zwischen diesem Verwandten der Greisin und ihrer Tochter in Deberfeld ein Differenzent, bei dem der Nachlaß der alten Frau eine große Rolle spielen soll. Einiges Tages erfuhr die Verwandten in Deberfeld, drangen in die Wohnung der Greisin ein und schafften sie in ein bereit liegendes Auto, um mit ihr nach Dörmig zu fahren. Wegen die Einführung war jedoch Strafamtung wegen Verstoßens der Greisin gefordert worden. Sie wurden zu je 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

Bernburg. Im hiesigen Gemeinderat kam es am Montagabend während der Aussprache über einen nationalsozialistischen Antrag auf Kürzung der Redezeit zu heftigen Zusammenstößen zwischen ihnen und den Sozialdemokraten. Beleidigungen folgten ein und her, die eine Schlägerei im Gange war. Abschließend fingen sich die Sozialdemokraten, die Polizei mußte einschreiten und die Kämpfer trennen.

Mollen (Dr. Ritterfeld). Gedächtnisfeier fanden in der Nacht zum Dienstag unserer Gemeindefälle einen unerwarteten Besuch ab. Nachdem sie in den betreffenden Gebäudefälle eingedrungen waren, schweißten die Eindringler eine Doppeltür auf, von wo aus sie zum Treter gelangten. Hier konnten sie ein genügend großes Loch bohren und etwa 100 Mark Gemeindegeld entnehmen. Die Polizei wurde benachrichtigt und hat sich darauf beschloßen, daß es sich um großräubige Gedächtnisfeier handeln muß, von denen noch jede Spur fehlt.

Gräfenthälchen. In der Nacht zum Montag gräfen Eindringler das Grundstüd eines hiesigen Bierverlegers ab. Nachdem sie aus dem Schlafzimmer des Ehepaars den Geldschrank geöffnet hatten, nahen sie in das Bureau. Sie hatten dort aus dem Geldschrank 1000 Mark und aus einer Spartafelle 70 Mark.

Deßau. Als am Sonntag miting ein hiesiger Spezialarzt sich mit seinem Auto auf der Rückfahrt von Jerich befand, kam sein Wagen auf der dereinsten Straße zwischen Jütichau und Hoflau ins Schleudern, fuhr gegen einen Baum und wurde zertrümmert. Der Arzt wurde erheblich verletzt und blieb bewußtlos liegen. Sein Wittefuhrer der Dr. Fritz Gehn des praktischen Arztes H. P. P. in Borsdorf bei Leipzig, der bei einer Zerfall Lanfelle angefaßt war, wurde auf der Stelle getötet. Hoppe hatte den Arzt dringend gebeten, ihn zur Errettung eines Zugangsschlusses mit nach Deßau zu nehmen.

Selzweil. Vom Auto überfahren und getötet wurde in Wittenberg ein Arbeiter der Dörmig Sägen an der Sägemühle. Der Führer des Autos war der Kreisleiter der Nationalsozialisten, Direktor von Törne, der bei einer in Besendorf stattfindenden Versammlung sprechen wollte. Sörenien hatte einen Patienten befristet und befand sich mit dem Rad auf dem Heimwege. Die Unterführung des Autos ergab, daß die Bremsen nicht einwandfrei gearbeitet hätten.

Giesendorf (Dr. Galbe). Als der 18jährige Landarbeiter K. u. H. H. Ströh vom Dachboden des Stallgebäudes seiner Eltern wollte, rutschte die Leiter ab. Kuhnert stürzte und blieb beim Fallen mit dem Rücken an einem Haken hängen, der bei Hausdurchschneidung Verwendung findet. Der Jäten bohrte sich durch die Kleidung in den Rücken und zertrümmerte die Lunge. In lebenslichem Zustand wurde er in das Schönefelder Krankenhaus gebracht.

Vom Sängerbund an der Saale.

Vom Sängerbund an der Saale werden nach den bis jetzt abgegebenen Meldungen über 400 Personen an dem Deutschen Bundeslängerbund in Frankfurt teilnehmen. Der Antrag eines hällischen Gesangsvereins Prof. Wolgastmuth aus Leipzig wegen seiner Stellungnahme zum Bundeslängerbund als Freiwilliger abzulehnen, wird auch vom Sängerbund an der Saale verworfen.

Jerich-Sonoberg 1932 der Reichsbahnverwaltung Halle.

Im Reichsbahnverwaltungsbezirk Halle werden voraussichtlich folgende Jerich-Sonoberg zur Verfügung stehen: Nach der Hölle, nach Schwimmbad-Gasthaus und Straßenschilder, nach Misdray und Kolberg/Kösel, nach Barneimünde-Bad Döberan, nach Travemünde/Kiel, nach der Nordsee (Hamburg und Bremen-Norddeich), nach dem Rheinland (Köln), nach Baden und Württemberg, nach Basel, nach München, nach Zürichingen (Eisenach), nach dem Pfälzengürtel und nach Dreybach.

Mit der vorläufigen Bekanntgabe will die Reichsbahnverwaltung den Publikum schon jetzt die Reisepläne erleichtern. Abweichungen bleiben bis zur endgültigen Veröffentlichung in der zweiten Mai-Hälfte vorbehalten. Fahrkartenbestellungen können jetzt noch nicht angenommen werden.

Gebt dem Handwerk Acht!

Tagdeburg. Auf der 79. Vollerhebung der Handwerkskammer wies der Präsident, Stadtrat Pflüg-



Gemüse kocht man
schmackhaft mit
MAGGI Fleischbrühe
Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!

ma cher, auf die große Not des Handwerks hin. Behauerlich ist, daß die vom Handwert gemachten Vorschläge über eine Verwendung von Mitteln der Haussteuer für die Aufhebung des alten Hausbesitzes von der Wirtschaftsförderung nicht angenommen worden ist. Dem Handwert seien dadurch für 3 Millionen Mark Aufträge verloren gegangen. Die Reichsregierung müsse auf alle Fälle recht bald Mittel zur Arbeitsbeschaffung für das Handwerk fällig machen. Zahlreiche Handwerker standen vor dem Ruin. Der Preisabfall sei allein auf Kosten des Handwerkes vorgenommen worden. Den Geschäftsbericht erstattete Sanftius Dr. Wolff. Er wandte sich dagegen, daß die Reichsbehörden im Januar im Gegenatz zur Reichsbehörden Magdeburg, die ihre Arbeiten an das Handwerk vergeben habe, seine Arbeiten in eigener Regie vornehmen. Weiter verwies er auf die Schädigung des Handwerkes durch die Schmarzerei. Präsident Flugmader schloß die Besprechung mit der Ermahnung, auch in dieser Beziehung Zeit und Mühe zu sparen, im Interesse des Handwerkes.

Neues aus aller Welt.

Zum Tode verurteilt. Eine Waise, die am 22. Januar auf dem Gute Stein im Kreis Rastenburg begangen wurde, fand vor dem Obersten Schwurgericht sehr reich ihre Sühne. Der Arbeiter Paul Schimanski hatte die 16jährige Schwestern Ilse Legat, die Tochter des Gutsbesizers, in einen Stall gelockt und dort zu vergewaltigen versucht. Als das junge Mädchen schrie, schlug er sie mit einem dicken Zannenküppel und brachte die Besähe in einen Wagnerschuppen. Das Gericht verurteilte Schimanski zum Tode.

Arbeitslosigkeit geht mit keinen drei Schichten in den Tod. In Waldheim (Sachsen) spielte sich ein erschütterndes Familiendrama ab, das vier Todesopfer forderte. Als am Nachmittag die Frau des Handarbeiters Ulrich nach Hause zurückkehrte, drang ihr aus der verlassenen Küche starker Gasgeruch entgegen. Als die Waise die Tür öffnete, fand man Ulrich mit seinen drei Töchtern im Alter von 2, 7 und 9 Jahren gaserstickt tot auf. Zahlreiche Arbeitslosigkeit dürfte den Beweggrund zu der Tat bilden.

Der Raubmord in Wetter aufgefäht. Eine schnelle Klärung fand der am pensionierten Eisenbahnbeamten Karl Wüstermann in Wetter a. d. Ruhr verübte Raubmord. Einer der drei Verhafteten, Otto Hirschling, hat ein Geständnis abgelegt. Er gab zu, der Haupttäter zu sein. Nach den bisherigen Ermittlungen des Offiziers Kriminal-

kommissars und der Polizei in Wetter steht nunmehr fest, daß Otto Hirschling zusammen mit dem ebenfalls verhafteten Fritz Graufman den Raubmord begangen hat. Als Mittwisler wurde nach die Ehefrau des Graufman ermittelt. Die beiden Täter haben 80 RM geraubt. Die von der Polizei verhaftete dritte Person hat mit dem Raubmord nichts zu tun. „Graf Jepsells“ erste Fahrt in diesem Jahre. Nach fünfmonatiger Pause und gründlicher Überholung ist das Luftschiff „Graf Jepsell“ in Friedrichshagen zu seiner ersten diesjährigen Wertfliegenfahrt aufgetrieben. Die Führung des Luftschiffes hatte Kapitän Lehmann.

Die englische Heimatflotte in schwerem Sturm. In der Ostsee geriet die englische Heimatflotte bei ihrer Rückkehr von den Nordsee nach England in einen schweren Sturm. Der Schlachtschiff „Repulse“ erlitt so schwere Beschädigungen, daß er zeitweilig als Nothafen anlaufen mußte. Ueber das Schicksal des mit der flotte fahrenden Unterseebootes „L 27“ befand eine Zeitlang große Beforgnis, da seine Antennenanlage von den schweren Seen fortgeschlagen war, so daß das Boot seine Fundverbindung mit dem Flaggschiff „Malaya“ hatte. Die „Malaya“ mußte umkehren und den Standort des Unterseebootes feststellen.

Historisches Schloß niedergebrannt. Das dem Baron Reineke gehörende historische Schloß de la Motte-Champdeniers bei Metz (Frankreich) ist durch ein Großfeuer zerstört worden. Das aus dem elften Jahrhundert stammende Schloß enthielt eine an Sechshundert reiche Bibliothek, Gobelins, alte Möbel und wertvolle Meißelergemäße, die den Flammen zum Opfer fielen.

Polen und Ostpreußen.

Ein nutzloses Angebot.

Warschau, 16. März.

Die „Gazeta Polska“ weist darauf hin, daß die Blätter Königsbergs von einer Gefahr eines polnischen Einmarsches in Ostpreußen sprechen. Das halbamtliche Blatt meint, daß derartige Warnungen an das Sprichwort „Haltet den Dieb“ erinnern. Es sei sehr bezeichnend, daß die deutsche Regierung nichts unternahme gegen die läugerliche Propaganda. Polen könne daraufhin nur mit dem Vorschlag antworten, daß es jederzeit bereit sei, einen Nichtangriffspakt abzu-

schließen; es würde sogar gern noch weiter gehen und einen Vertrag anbieten, der die gegenwärtige deutsch-polnische Grenze garantiert. Wie wird aber die deutsche Antwort darauf lauten? fragt das polnische Blatt.

Dazu wird von unterrichteter Seite geschrieben: Die halbamtliche polnische Zeitung scheint ganz vergessen zu haben, daß Deutschland im Gesamtvertrage auf jegliche Ausrüstung seiner Wäpfe einer Grenzrevision mit den Mitteln der Waffen verzichtet hat. Also besteht für Polen bereits ein deutsch-polnischer Nichtangriffspakt. Ebenso besteht aber auch Polen ganz genau, daß Stresemann und alle seine Nachfolger auf das Recht einer Revision der Grenzverträge niemals verzichtet haben und noch weniger verzichten werden. Wenn will also die polnische Zeitung mit diesem Angebot Sand in die Augen streuen?

Nachspiel zum Fall „Nanosch“.

Ein Jahr Gefängnis für den Leopardenbesitzer.

Berlin, 16. März.

Vor dem Schöffengericht wurde der Fall des Malers Othegraven verhandelt, der sich in seiner Berliner Wohnung den Leoparden „Nanosch“ hielt, der die kleine Erka Scharrtes anfiel und tötete. Die Anklage lautet auf lebenslängliche Züchtung, Körperverletzung und Haltung eines wilden Tieres. Der Leopard wurde einige Tage nach dem Unglück durch die Berliner Polizei getötet.

Das Urteil gegen Othegraven lautet wegen jahrelanger Körperverletzung und wegen Nichtbefolgung einer polizeilichen Anordnung auf ein Jahr Gefängnis und 150 RM Geldstrafe.

Der Staatsanwalt hatte ein Jahr neun Monate Gefängnis und vier Wochen Haft beantragt.

Geschäftliches.

Was soll ich heute kochen: Ein oft gehörter Scherzucker vieler Hausfrauen, den unsere fortgeschrittene Zeit nun ebenfalls in den überlebten Wäpfechen der Vergangenheit verweisen hat. Heute stimmt die Hausfrau sorglos ihren Tag, Sonne und Wetter, die Klagen der Hausfrauen, werden ihr jetzt genug raten, was und wie sie kochen soll. Viele praktische Weisheiten haben sie bereits gegeben, wie Wäpfechen über neues Kochen vermittelt. Ihr bester Rat aber ist: nimm Sanella zu allem! Als Brotzusatz, zum Kochen, zum Braten und zum Baden. Sie ist nahrhaft, wohlschmeckend und bekömmlich.

Im ganzen Lande verbreitet es das Radio:

Sanella nehmen heißt wirklich sparen!

Jeden Freitag vormittag:
„Sanne und Ella“
die vorbildlichen Hausfrauen,
plaudern im Radio



„Sanne und Ella“, die Vorkämpferinnen für modernes, sparsames Wirtschaften erteilen Ihnen folgenden praktischen Ratschlag:

„Kochen Sie Gemüse in Salzwasser ab und schwenken Sie es dann — statt in Mehlschwitze — einfach in Sanella! Das schmeckt besser — ist moderner und gesünder — und spart Ihnen Arbeit und Zeit!“

„Sanne und Ella“ wissen, wie bequem und sparsam man heute kochen kann — mit Sanella nämlich, die allen Speisen Nährwert und Geschmack gibt! Und wie schmackhaft und gesund ist sie auf Brot! — Verfolgen Sie die weiteren Ratschläge von „Sanne und Ella“ in diesem Blatte und im Radio — vielleicht enthalten sie noch eine Überraschung für Sie!



Von Millionen Hausfrauen bevorzugt!

Das Märchen von Hansdada

Ein Liebesroman aus riederländischer Zeit von Paul Hein. Copyright 1931 by Friedemann Dige, Berlin W 30.

22. Fortsetzung

Mit dem ersten Bahnhofsport machte sie auf, Einigermassen von dem tiefen, traumlosen, wenn auch kurzen Schlaf gestört. Das kalte Wasser in der Karaffe schmeckte die letzte Dampffahrt aus ihrem Kopf. Mit blanken Augen blühte sie in die morgengrüne Welt, die von den ersten Strahlen der Sonne überglänzt wurde.

Sie beehrte sich, mit ihrer Toilette fertig zu werden und nach unten zu kommen. Der Wirt war nicht wenig erstaunt, sie so früh auf den Beinen zu sehen.

„Die Herren haben erst für zehn Uhr die Pferde bestellt“, wagte er zu äußern.

„Die Meisterei aus Frankreich gehen mich nichts an“, sagte Sabine lächelnd, „Ich bitte um eine Tasse heißen Tee. Und wenn Sie mir vielleicht einen Wagen bis Leuthen zur Verfügung stellen könnten, wäre ich Ihnen dankbar.“

„Bis Leuthen? Das mag gehen. Ich glaube, die Demoselle — pardon — die Komtesse gehörte zu den Herren von der Ertrappost.“

„Ein Stratum, besser Herr. Also ich kann einen Wagen bekommen?“

„Gewiß, ich spanne selbst an.“

„Ich habe auch Güte.“

Die Wirtin brachte schon den Tee und ein kleines Frühstück.

„Nach eins: meine Koffer müssen sofort umgeladen werden.“

„Wird gleich befohlen.“

Sabine trat hastig. Sie hatte plötzlich Angst, daß einer der französischen Sanelliere auffauchen könnte. Nur fort, fort! Eine Viertelstunde später fand der Wagen bereit. Alles war verladen. Sie stieg ein, und rasselnd und ratternd ging es davon, in den hellen, düsteren Morgen hinein.

Als zwei Stunden später der Comte de Renard und der Baron nach unten kamen, erzählten sie, daß die Komtesse von Seydlitz schon lange auf und davon war. Der Baron schnitt eine spöttische Grimasse.

„Siehst du, mein Freund, preußische Komtessen sind ein besonderer Typ! Haha! Nimm dir's nicht zu Herzen.“

Der Comte murmelte etwas leises Fluch. Ihn er ahnte noch nicht einmal, welchen Streich ihm das Schicksal gespielt hatte. Man merkte es erst in Paris, und da ahnte kein Mensch, wo das Schriftstück geblieben war.

Drittes Kapitel

Es war Anfang August, als seiner Majestät dem König der Grenadier Bolkmann gemeldet wurde.

„Grenadier Bolkmann?“

„Er dachte ein wenig nach. Richtig, der Riesenferl von Zügelmann. Was wollte der?“

„Was will denn der Riel?“

Hauptmann von Bevern sagte: „Er ist vom Urlaub zurück.“

„So, meinnetwegen.“

„Und hat ein Schreiben, das er seiner Majestät nur persönlich überreichen will. Es ist äußerst eilig, meint er.“

„Meint er, so, lo. Und er muß unbedingt mich sprechen?“

„Er hat seinen Kopf, der Bolkmann!“

„Gut, dann soll er in Teufels Namen kommen, der Monsieur Grenadier!“

„Befehl, Majestät!“

Der Grenadier Bolkmann vom Leibgarderegiment erschien. Ein strammer Hüne. Der König sah wie ein Zwerg gegen dieses Prunkstück seiner „langen Recke“ aus. Die Montur blühte gepußt, hand am Helm.

„Na, was hat er auf dem Herzen?“

„Wichtigfügig mußerte der König den Staatsfater.“

„Werde mich vom Urlaub in Leuthen zurück.“

„Hah! Mein Sohn, das hält er auch seinem Hauptmann melben können.“

„Und habe ein Schreiben von der Komtesse von Seydlitz zu überbringen, die sich zur Zeit in Leuthen aufhält. Die wichtigste Mademoiselle magte nicht, das fragliche Dokument früher zur Hofenbung zu bringen; sie brauchte einen vertrauenswürdigsten Boten. Da kam sie auf mich, und es postete gerade.“

Er zog einen Brief aus dem Aermelaufschlag und reichte ihn dem König.

Der König las die Schrift.

Die Komtesse von Seydlitz? Etwa ein Gnadengeleht? Aber das wäre ja lächerlich!

Er sah Bolkmann scharf an.

„Warte Er!“

Der Hand wie ein Baum.

Der König rief den Brief auf. Ein Dokument fiel ihm entgegen. Dazu ein Schreiben von Alteshand. Er las es zuerst.

In seinem strengen Gesicht prägen sich Spannung, Schreien und Heberstimmung aus. Sähig geht er zurück, dem Dokument und überlegt es. Schmal wie ein Strich waren seine Lippen.

In den Musteln seines Gesichts zuckte es.

„Canallen!“

Er schien die Gegenwart des Grenadiers ganz vergessen zu haben. In seinen hellen, schwarzen Augen leuchtete Triumph.

„Sie sollen preussische Hiebe kennenlernen!“

Er ließ das Schriftstück sinken und blühte Bolkmann an.

„Wesh? Er was hier brin steht?“

„Richtig, Majestät! Gott behüte!“

Die Stimme des Königs klang ungewohnt freundlich.

„Ach, er sich aus mirer Privatstänkele zwanzig Dufaten ausgaben.“

Er trippelte ein paar Zeilen, „in ein Stück Papier und reichte es ihm.“

Er merdet sich beim Geheimen, Sekretarius Zinkler. Der Latat folh ihn föhren! Berstandn! Der

Bolkmann blühte, daß die Wände zitterten:

„Befehl, Majestät!“

Donnerweiter, zwanzig Dufaten! Mühte eine gute Nach-

richt in dem Brief gefunden haben. Zwanzig Dufaten! Da konnte er sich ein paar Wochen lang überdri sein! —

Einige Stunden später wurde Graf Seydlitz, der einzige Vertrauter, zu seiner Majestät gerufen.

„Graf, Seine Tochter hat mir geschrieben!“

Seydlitz erblühte. War das Mädel verrückt geworden? Welche Mühsheit! Er fand wie feigenmühsen. Und mer ver-

blühte, als er das lange Schreiben um des Königs Mund sah.

„Nur nicht erschrecken, lieber Freund. Ich bin Seiner Tochter deswegen nicht böse.“

(Fortsetzung folgt)

Neubauer-Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neudorf

Ercheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Neudorf: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparkstraße Neudorf — Bankverein Artern.

Nr 34

Donnerstag, den 17. März 1932.

45. Jahrgang

Ein Vorschlag Hugenberg's.

Berlin, 15. März.

In einem Artikel zu dem Ergebnis der Reichspräsidentenwahl schreibt Dr. Hugenberg: „Die Angst vor Erschütterungen, die etwa mit einem Reichspräsidentenwechsel verknüpft sein könnten, hat ein paar Millionen Wähler, die im Lager der Nationalen Opposition gegen das herrschende System stehen, dazu bewegen, für die Wahl des Feldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten zu stimmen. In der zweiten Wahl entscheidet die einfache Mehrheit.“

Nach Lage der Dinge ist damit zu rechnen, daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg im zweiten Wahlgang gewählt wird.

Unter diesen Umständen führt eine Betrachtung, die sich über die Kampfesverhältnisse der Parteien erhebt, zu dem Gedanken, daß unter öffentlichen Bedenken von vielen Parteien, die uns können, befreit würde, wenn man folgende Maßnahmen erging:

Nur der schon vorgezeichneten Wahlen zum Preussischen Banerischen und Württembergischen Landtag soll am 8. Mai die Neuwahl des aufzulösenden Reichstages stattfinden. Unter dieser Voraussetzung könnte durch verfassungsänderndes Reichsgesetz anerkannt werden, daß die Wahlmengen vom 13. März die Wirkung eines zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl haben soll, daß also die Wiederwahl Hindenburgs erfolgt ist.

Die gesamte nationale Opposition könnte einen solchen Vorstoß zustimmen, denn eine zweite Wahl würde nur die Bedeutung einer Gegenprobe haben, die auf dem oben vorgeschlagenen Wege einfacher, billiger und durchgreifender erreicht werden würde.

Ein deutschnationaler Aufruf.

Die deutschnationale Volkspartei erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: „Die Auswegung der Nationalität, die der Name des Feldmarschalls von Hindenburg in Deutschland genießt, die fruchtlose Einbringung der gesamten Reichsmittel des Staates einschließlich der Gelder der Steuerzahler für die Parteinteressen des Systems und die Angst vor Erschütterungen, die Millionen von Wählern im Lager der Nationalen Opposition zur Stimmabgabe für den Feldmarschall bestimmt hat, führen noch einmal einen Erfolg des schwarz-roten Systems vor. Der starke Stimmenrückgang der Systemparteien und das gleichzeitige Ergebnis der Wahlen in Mecklenburg-Strelitz hat gezeigt, daß es tatsächlich nur ein Scheinresultat ist. Dort haben die Deutschnationalen bei den Landtagswahlen doppelt so viele Stimmen erhalten wie bei der Reichspräsidentenwahl. Wie wir stets betont haben, sind bei der Reichspräsidentenwahl, einer reinen Personenwahl, die politischen Fronten andere als bei den Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen. Die Wahlen in Preußen und die Wahlen im Reich, die wir auf Grund der Wahlergebnisse als Ausdruck des Volkswillens fordern, werden das Annähernde des nationalen Gedankens erneut zeigen und den Zusammenbruch der schwarz-roten Koalition belegen. Unter diesen Umständen wird der zweite Wahlgang hervorragend unter dem Gesichtspunkt der Preußenwahlen zu führen sein. Unter nächstes großes Kampffeld heißt Preußen.“

Berichtigung zum vorläufigen Ergebnis.

Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis der Reichspräsidentenwahl am 13. März lautet auf Grund der Berichtigungen jetzt folgendermaßen:

Abgegeben sind insgesamt 37 657 199 gültige Stimmen, davon haben erhalten:

Duesterer	2 558 813
Hindenburg	18 654 244
Hiltner	11 341 119
Thälmann	4 982 870
Winter	111 462
Gerpfiffert	8 661

Unmehr liegt aus das berichtigte Gesamtergebnis aus dem Wahlkreis 35, M e d l e n b u r g, vor: Abgegeben sind 541 541 gültige Stimmen, davon erhalten: Duesterer 60 979, Hindenburg 254 089, Hiltner 186 615, Thälmann: 46 658, Winter 2200, Gerpfiffert —

Wahlbeteiligung etwa 87 v. H.

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis beträgt die Gesamtstimmzahl der abgegebenen gültigen Stimmen 37 660 394. Dies Ergebnis bedeutet eine Wahlbeteiligung von ungefähr 87 v. H. Hieron erhielt Duesterer 6,8 v. H., Hindenburg 49,6 v. H., Hiltner 30 v. H., Thälmann 13,3 v. H., Winter 0,3 v. H.

Hindenburg landidiert im zweiten Wahlgang.

Reichspräsident von Hindenburg hat am Wahltag bis um 23 Uhr die Ergebnisse im Rundfunk geäußert und sich dann zur Ruhe begeben. Das Ergebnis der Wahlen wurde ihm am Montagmorgen gegen 7 Uhr mitgeteilt. Er gab seiner tiefen Befriedigung über das Wahlergebnis Ausdruck. Dem hindenburgwählenden erklärte er, daß er auch im zweiten Wahlgang kandidieren werde.

Hiltner's zweite Kandidatur.

Hilf Hiltner sagt in einer Kundgebung: „Gegen das vereinte Auftreten aller anderen Parteien, trotz schwerster bedrückender Unterdrückungen und Behinde-

rungen unserer Propaganda, hat die NSDAP ihre Wählerkraft in knapp einhalb Jahren fast verdoppelt. Wir sind heute zur unbetrübten weitaus stärksten Partei Deutschlands emporgestiegen. Die gegen uns vereint aufmarschierenden Parteien sind von 2,4 auf 15,6 Millionen gestiegen, wir sind dagegen von 0,4 auf 11,3 Millionen gestiegen. Deutschnationale und Stahlhelm haben ihren alten Bestand gehalten. Was uns in diesem Wahlkampf noch nicht reiftes Gelingen ist, muß im kommenden vollendet werden. Ich fordere euch auf, augenblicklich den Kampf für die zweite Wahl zu eröffnen. Kein Tag darf verstreichen. Wenn die Wähler der gesamten nationalen Front sich auf das Gebot der Stunde besinnen, muß es uns noch möglich werden, die wenigen Millionen fehlender Volksgenossen aus der internationalen Front unserer Gegner herauszubringen und uns zuzuführen. Die übrigen nationalen Kräfte einzureihen, umfassen mit rund 12,8 Millionen. Es muß uns möglich sein, die fehlenden 2,5 Millionen aus der generischen Front herauszureißen und dorthin zu führen, wo sie hingehören. Der erste Wahlkampf ist beendet, der zweite hat mit dem heutigen Tag begonnen. Ich werde auch ihn mit meiner Partei führen.“

NSDAP-Konferenz in München.

Hiltner's Kandidatur für den zweiten Wahlgang. — Richtlinien für den preussischen Wahlkampf.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt mit: „Am Montagvormittag fand in München eine Besprechung der Amtsleiter der Reichsleitung der NSDAP, unter dem Vorsitz Adolf Hiltner's statt. Der Führer der NSDAP erklärte, daß er seine Kandidatur für den zweiten Wahlgang zur Präsidentschaft aufrecht erhalte. Anschließend wurden sofort die Richtlinien für den zweiten Wahlgang und die bevorstehenden Länderwahlen, vor allem der zum Preussischen Landtag, festgelegt. Am Sonnabend findet in München eine Tagung der Gauleiter der NSDAP statt, auf der die Anweisungen für die technische Durchführung der neuen Propagandaaktionen ausgegeben werden.“

Preußen wählt am 24. April.

Berlin, 15. März.

Der Ständige Ausschuss des Preussischen Landtags hielt am Montag im Einvernehmen mit dem Staatsminister den Termin der Neuwahlen für den Preussischen Landtag auf Sonntag, den 24. April, fest.

Bei den Beratungen des Ständigen Ausschusses erklärte Minister Severing, daß der frühe Wahltermin den Parteien entgegenkomme, die vor einem Jahre die Wahlleitung des Landtags betrieuen hätten. Alle Gerichte, die Regierung sowie Neuwahlen verberühren seien unmaßig.

Das Staatsministerium meinte, es sei nicht zweckmäßig die Preußenwahlen mit der Reichspräsidentenwahl zusammenzuliegen. Die Regierung ist aber auch bereit, auf Wunsch des Landtags sich mit dem 24. April als Wahltag einverstanden zu erklären.

Eine weitere Finanzschiebung ist jedoch im Interesse der Wirtschaft und wegen der übermäßigen Inanspruchnahme der Polizei nicht möglich, wenn ein ordnungsmäßiger Verlauf der Wahlvorbereitungen gewährleistet werden sollte.

Die Deutschnationalen traten für den 10. April als Wahltermin ein, wenn man nicht dem Vorschlage der deutschnationalen Partei folgten sollte, am 8. Mai die Wahl zum Preussischen Landtag gleichzeitig mit den Neuwahlen zum Reichstag vorzunehmen.

Der Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärte, daß man es seiner Partei nicht zumuten könne, bis zum 10. April an der Seite der jetzigen Regierungsparteien für Hindenburg zu kämpfen und dann nur noch acht bis vierzehn Tage für die Vorbereitungen zur Preußenwahl zur Verfügung zu haben. Er halte den 8. Mai für zweckmäßiger.

Nachdem nach der Vertreter des Landvolks sich gleichfalls für den 8. Mai eingesetzt hatte, beantragten die Regierungsparteien, den Wahltermin auf den 24. April festzusetzen. Die 7. Antrag wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Wahlquotient für die preussischen Wahlen 50 000.

Entsprechend einem Beschlusse des preussischen Staatsministeriums wird für die preussischen Wahlen der Wahlquotient auf 50 000 festgelegt werden. Es ist eine Verordnung der preussischen Regierung zu erwarten, die die preussische Sparderechnung abändert, wonach bekanntlich auf 60 000 Stimmen (früher 40 000) ein Abgeordneter für den Preussischen Landtag entsandt.

Der Export sinkt.

Berlin, 16. März.

Die deutsche Handelsbilanz schließt im Februar mit einem Ausfuhrüberschuß von 86 Mill. RM gegenüber einem schließlichen Ausfuhrüberschuß von 105 Mill. RM im Januar. Einrückend der Reparationsauslieferungen, die 11,0 gegen 11,6 Mill. RM betragen, stellt sich der Ausfuhrüberschuß auf 97 Mill. RM gegenüber 106,6 Mill. RM im Vormonat.

Die Einfuhr hat mit 441 Mill. RM gegenüber der tatsächlichen Einfuhr des Januar, die nach Ausgleich der Lagerabrechnungen 425 Mill. RM betrug, um 16 Mill. RM zugenommen. An dieser Zunahme sind überwiegend die

Rohtöne beteiligt. Die Lebensmittelzufuhr ist ebenso wie die Fernwareneinfuhr mit dem Vormonat etwa 7 Proz. Die Ausfuhr ist mit 527 Mill. RM um 3 Mill. RM geringer ausgewiesen als im Vormonat.

Einschließlich der Reparationsauslieferungen beträgt sie 538 gegenüber 542 Mill. RM. Der geringe Rückgang beruht ausschließlich auf dem weiteren Abfall der Durchschnittswerte um 1,4 v. H. Nennenswertig hat der Abfall nach dem Zustand eine geringe Zunahme erfahren. Wertmäßig ist besonders die Lebensmittelzufuhr zurückgegangen, in geringerer Maße die Rohstoffausfuhr, während die Fernwarenausfuhr eine kleine Erhöhung von 417 auf 423 Mill. RM erfuhr.

Preussischer Landtag.

Berlin, 16. März.

Der Preussische Landtag trat am Dienstag zu seiner zweiten Witzung zusammen, die, wenn nicht noch im April eine kurze Tagung stattfindet, die letzte dieser Wahlperiode ist.

Anf der Tagesordnung steht die erste Beratung des preussischen Staatshaushaltes für 1932.

Finanzminister Klepper

weist darauf hin, daß die preussischen Haushalte bis zum Jahre 1930 ausgefallen waren. Das Jahr 1930 brachte einen Fehlbetrag von rund 200 Millionen; das Jahr 1931 dürfte mit einem solchen von insgesamt 245 Millionen abschließen.

Der Haushaltsplan für 1932 ist somit mit rund 449 Millionen Rest verbleibend.

Nach den Schätzungen des Reichsfinanzministers werde der reine Staatsanteil an den Uebererlassungssteuern um rund 258 Millionen RM geringer sein als im Vorjahr. Bei den Ertragssteuern der Betriebsverwaltungen ist ein Rückgang um 91,9 Millionen RM zu erwarten. Das Einkommensteuereinkommen, das 1930 noch 947,4 Millionen RM betrug, sei für 1932 auf 700 Millionen RM veranschlagt worden. Nach Abzug von 160 Millionen als Mittelhilfe für die Fürsorgeverbände bleiben 540 Millionen RM übrig, von denen 25 Millionen für die Bauhilfsbeiträge und weitere 25 Millionen für den Staatsfinanzzuschuß vorgehalten seien. Der Rest von 490 Millionen entfällt mit 231 Millionen auf die Gemeinden und mit 259 Millionen auf den Staat. Die Grundbesitzsteuer werde einen Minderebetrag von 35 Millionen, die Stempelsteuer einen solchen von 8 Millionen aufweisen.

Die gesamte Einnahmeverminderung betrage 376,4 Millionen RM.

Man habe davon absehen müssen die Fehlbeträge der Vorjahre in den Haushaltsplan für 1932 aufzunehmen. Der Haushaltsausgleich sei im wesentlichen auf der Ausgaben Seite durchgeführt. Die Gesamtsumme der Einsparungen betrage sich auf 389 Millionen RM. Die Abwischzahlen des Haushalts lägen mit 3,1 Milliarden RM etwa drei Viertel Milliarden unter denen des Vorjahres.

Der Minister erörtert die Frage, ob der Haushaltsausgleich ein erster sei. Diese Frage sei zu bejahen.

Die Uebererlegung der preussischen Siedlungsberichtigungen

den RM ist nach vertretbar. Man berung der Länder dürftens annehmen. Die RM für Siedlungen Abdeckung die Frage, ob lediglich finanz-Erritt der Staatsfinanzen Gemeinden berichte des Arbeits-Einnahmen angemeinden eine che. Einfungen erreichenden Einsparungen die Umstellung andere finanzielle

wünscht der Mierhaltung entzogene Doppelarbeit unabhängig von ungareform eine lung unauffällig erfordern der öffentlichen Wirtschaftspolitik man Finanzpolitik den Bespiel von Konjunktur und Krise beeinflussen, verkenne die wirtschaftsgeschichtliche Erfahrung. Es sei nicht eine Wirtschaftspolitik durch strikte Steuerpolitik verberühren werden.

Dagegen zeige die Wirtschaftsgeschichte viele Beispiele dafür, daß eine in kritischer Zeit nachdrücklich geführte Finanzpolitik zur Festhaltung der Währung und damit der Wirtschaft geführt habe.

